

Schweden: Unternehmen ohne Strom



Vielleicht könnte ein Blick nach Schweden helfen. Dort machen Unternehmen seltsame Erfahrungen und Investoren fliehen bereits aus der Provinz Skåne (Schonen) in Südschweden. Die Region hat bereits Investitionen in Milliardenhöhe verloren.

Der Grund: Stromknappheit. Nein, nicht in Kuba oder Venezuela, sondern im Industrieland Schweden. Wie Per Tryding, stellvertretender Geschäftsführer der Handelskammer Sydsvenska schreibt, stehen hinter dieser misslichen Lage eine Reihe von politischen Misserfolgen, die »für den Rest Schwedens eine Warnung sein sollten«.

Tryding erinnert: »Die Tatsache, dass sich Unternehmen auf stabile Lieferungen zu wettbewerbsfähigen Preisen verlassen können, war eine der Geheimwaffen der Exportindustrie.« Er verweist darauf, dass Unternehmen eine stabile Stromversorgung benötigen, um produzieren zu können. Das wäre früher als alberner Allgemeinplatz kritisiert worden. Doch Tryding erwähnt ausdrücklich, dass »gerade Industrien mit hohem Stromverbrauch wie die Holzpapier Stahl und Autoindustrie ... eine stabile Stromversorgung (benötigen), um produzieren zu können.«

Doch heute bekommt eine Reihe von Unternehmen einfach keinen Strom mehr.

Zwei Dinge haben nach seiner Auffassung zu der Situation geführt. Einmal wächst die Metropolregion Skåne, schafft viele neue Arbeitsplätze und damit auch einen großen Zustrom von Unternehmen und Mitarbeitern. »Das bedeutet, dass die Energieversorgung dringend hochgefahren werden muss.«

Doch gleichzeitig wurde die Energieversorgung der Region mit einem mittlerweile gescheiterten Experiment geprüft. Das begann mit der Abschaltung des Kernkraftwerkes Barsebäck in der Region. Schweden versprach zwar, durch den Bau großer Übertragungsleitungen aus dem Norden Strom in den Südwesten zu liefern. Doch noch immer steht diese Verbindung nicht, und Experten fürchten, dass es auch noch viele weitere Jahre dauern wird, bis die Leitung steht.

Folge: Die Energieversorgung ist zusehends angespannt. Außerdem erhöhte der Staat Energiesteuern. Weitere Folge: Die beiden einzigen großen KWK-Anlagen der Region wurden abgeschaltet, da sie unrentabel wurden.

Der Geschäftsführer der südschwedischen Handelskammer beschwert sich noch über einen weiteren Faktor: »Südschweden ist ein separater

Elektrizitätssektor, den der Staat mit Unterproduktion und damit mit höheren Preisen als das übrige Schweden belegt hat. Somit besteht in der Region bereits ein fester Preisnachteil.« Nach dem sozialistischen Motto: Dort steckt das Geld, holen wir es.

Schweden wäre für deutsche Unternehmen eine Reise wert. Wie fühlt sich Strommangel an? Da will eine Industrie in einem scheinbar so fortschrittlichen Industrieland produzieren – und erhält keinen Strom mehr. Tryding: »Was jetzt in Skåne passiert, verdient keine der fortschrittlichsten Volkswirtschaften der Welt. Und es besteht Grund zur Befürchtung, dass sich die Situation nach Norden ausbreitet.«

Einer solchen Bildungsreise könnten sich deutsche Politiker anschliessen, zum Beispiel aus Baden-Württemberg.

Dort, in der Landeshauptstadt Stuttgart bekommen sie in der Regierung schon weiche Knie angesichts des Desasters, dass sich in der Energieversorgung zum Jahreswechsel abzeichnet. Nur noch zwei Kernkraftwerke sorgen für genügend Strom im (noch) Industrieland Baden-Württemberg. Kernkraftwerk Philippsburg zwei wird bereits heruntergefahren und soll am Ende des Jahres vollkommen abgeschaltet werden. Bisher liefert dieses Kraftwerk 30 Prozent der elektrischen Energie für Baden-Württemberg. Woher die gewaltige Menge im nächsten Jahr kommen soll, ist völlig offen. Kein Mensch im Kabinett Kretschmann hat eine genaue Vorstellung davon. Das Nachbarland Frankreich hat auch teilweise mit Engpässen in der Elektrizitätserzeugung zu kämpfen.

Der baden-württembergischen Umweltminister Franz Untersteller wird zitiert, dass er intern geäußert habe, sich Laufzeitverlängerungen der beiden Kernkraftwerke vorstellen zu können.

Jetzt legt Landwirtschaftsminister Peter Hauck (CDU) mit dem Spruch nach, die Kernkraftwerke Neckarwestheim und Philippsburg zehn Jahre länger am Netz zu lassen als bisher geplant. Ihn treibt allerdings weniger die Sorge um eine funktionierende Stromversorgung um als vielmehr um einen noch schnelleren Ausstieg aus den Kohlekraftwerken. Hauck zitierte die Werteunion, jene konservative Gruppierung von CDU und CSU: »Man sollte zumindest darüber diskutieren, ob wir zehn Jahre früher aus der Kohle aussteigen und die ‚Braunkohleschleudern‘ abschalten«.

Die Elektrizitätserzeuger allerdings lehnten bereits entsprechende Überlegungen der Werteunion ab. Die EnBW betreibt Neckarwestheim zwei und Philippsburg zwei. Ob der Energiekonzern sich auf eine Abkehr der Vereinbarung mit der Politik »Ausstieg aus der Kernkraftwerk gegen Ruhe an der Entsorgungsfront« einlassen würde, dürfte sehr zweifelhaft sein.

Zumal Hauck alles andere als glaubwürdig erscheint; er trieb als glühender Anhänger Merkels die Vergrünung der baden-württembergischen CDU voran. Gern will er vermutlich auch die Werteunion vorführen. Er beruft sich außerdem auf die aktuelle Klimahysterie und führt den Unsinn CO₂-Minderung an und wirft diese Ökoideologie nicht über den Haufen.

Wie beschreibt der schwedische Handelskammermann Tryding die Reaktion der

Betriebe auf die Stromknappheit? »Daher ist das Gefühl der Unwirklichkeit groß, wenn schwedischen Unternehmen bei Investitionen der Anschluss an das Stromnetz verweigert wird.«

Der Beitrag erschien zuerst bei TE [hier](#)